

4.5. *Motive für die Mitgliedschaft*

Die Massenorganisationen waren integraler Bestandteil des alltäglichen Lebens in der DDR. Sich für eine Mitgliedschaft zu entscheiden, war deshalb nahezu eine Selbstverständlichkeit und meist keine bewußte politische Entscheidung. Ausschlaggebend war in vielen Fällen die „Monopolfunktion“ der jeweiligen Organisationen für bestimmte Betätigungen oder soziale Leistungen: So wurde man als Berufstätiger Mitglied im FDGB, dem alleinigen Träger des Sozialversicherungssystems (Urlaubsbetreuung; Zuschuß bei längerer Krankheit und bei Geburt des Kindes; Bewilligung von Kuren; Stellungnahme bei Antrag auf Invalidität; Sterbegeld, Notwendigkeit einer Empfehlung beim Bau eines Eigenheimes oder Bungalows). Auch der Nachweis eines gewissen gesellschaftlichen Engagements, der von der SED als Loyalitätsbeweis immer wieder gefordert wurde, konnte durch eine – oft nur formale – Mitgliedschaft, z. B. in der „Gesellschaft für deutsch-sowjetischen Freundschaft“ (DSF), relativ leicht erbracht werden. Die hohen Beitragsrückstände einzelner Mitglieder und „Eintrittswellen“ infolge gezielter Werbekampagnen lassen vermuten, daß es insgesamt sehr viel mehr politisch unmotivierte oder rein formale als politisch engagierte Eintritte gab.

Dagegen war der Eintritt in eine Blockpartei in der Regel ein überlegter bzw. zweckorientierter Schritt, mit dem der einzelne eine bewußte politische Entscheidung traf und sich von anderen deutlich absetzte. Nicht zuletzt deshalb können auch die persönlichen Motive und Beweggründe für den Eintritt in eine bestimmte Blockpartei als Grundlage für Aussagen zum politischen Selbstverständnis dieser Parteien und ihrer Haltung zum SED-Regime herangezogen werden. Durch die Mitgliedschaft in einer Blockpartei konnte man auf lokaler Ebene gewisse eigene – wenn auch oft nur geringfügige – Akzente setzen und die Schutzfunktion der Blockparteien als „politische Nischen“ nutzen [→ Expertisen Richter II, Papke]. Der überwiegende Teil der Mitglieder von CDU und LDPD entwickelte in vieler Hinsicht routinierte Ausweichmechanismen gegenüber den permanenten ideologischen Indoktrinationsversuchen. Insofern darf der formelle Nachweis von Staatsloyalität durch den Beitritt zu einer Blockpartei nicht undifferenziert mit einem Nachweis wirklicher Loyalität zum System des „real existierenden Sozialismus“ gleichgesetzt werden.

Vielmehr kann man zu Recht von Systemdistanz bei vielen Mitgliedern in den Blockparteien sprechen. Wichtige Gründe für den Parteibeitritt waren z. B. bei Handwerkern und Gewerbetreibenden der Austausch mit Gleichgesinnten sowie praktische Lebens- und Berufshilfe vor Ort; mancherorts setzte die Erteilung einer Gewerbeerlaubnis die Mitgliedschaft in einer Blockpartei (vor allem der LDPD) voraus. Die Blockparteien fungierten somit als eine Art Meinungsforum und berufliche Interessenvertretung bei konkreten Einzelproblemen. Ausschlaggebend war für viele Mitglieder, daß sie durch

ihren Eintritt das von der SED für bestimmte berufliche Ziele geforderte politische Engagement nachweisen konnten, ohne der SED selbst beitreten zu müssen. Der Aufstieg in politische Spitzenämter und hohe Leitungspositionen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft war ihnen damit allerdings meist verwehrt. Zudem sind Mitglieder von Blockparteien in der Regel von einer Beschäftigung in sicherheitsempfindlichen Bereichen (z. B. Offiziersränge in der NVA; Tätigkeit bei der SDAG Wismut) ausgeschlossen gewesen. Auch eine Mitgliedschaft in den Betriebskampfgruppen war bis in die späten achtziger Jahren nicht möglich.

4.6. *Die Frage der politischen Verantwortung*

Nach ihrer Gleichschaltung dienten Blockparteien und Massenorganisationen der SED zur Absicherung ihres Herrschaftssystems. Als „Transmissionsriemen“ instrumentalisiert, sollten sie die Politik der SED über ein weitverzweigtes Organisationsgeflecht in sämtliche Bereiche der Gesellschaft hineinragen und umsetzen. Auch wenn ihnen dies im Sinne einer ideologischen Erziehung der Bevölkerung zur Konformität mit der SED-Politik offensichtlich nicht gelang [→ Suckut, Protokoll Nr. 22], fungierten sie als Hilfsinstrumente, mit denen die SED das politische System der DDR beherrschen und sich Informationen über die tatsächliche politische Stimmungslage der Bevölkerung verschaffen konnte.

Bei der Bewertung der Blockparteien müssen ihre völlig unterschiedlichen Funktionen für die SED, für die Funktionäre der Blockparteien und für die Mitglieder Berücksichtigung finden. Mit der Übernahme von Funktionen in Teil- und Randbereichen der Gesellschaft trugen sie zweifellos zu einer gewissen Stabilisierung des politischen Systems der DDR bei. Indessen kann aufgrund aufgezeigter Faktoren nur bedingt von Verantwortung und Teilhabe am Regime gesprochen werden.

Bemerkenswert bleibt, daß ein gesamtdeutscher Bezug in der Mitgliedschaft der beiden vormals bürgerlichen Parteien CDU und LDPD nie ganz erloschen ist. In der Politik der beiden Blockparteien hatte er allerdings eine geringe und zudem unterschiedliche Bedeutung. Die CDU in der Bundesrepublik Deutschland lehnte Kontakte zur Block-CDU ab, um eine Aufwertung der SED-abhängigen Parteiführung zu vermeiden; sie sah in der Exil-CDU die legitime Vertreterin der christlichen Demokraten der DDR. Demgegenüber gab es in der FDP seit 1956 kontinuierliches Interesse an Gesprächen mit Vertretern der LDPD – zum einen, um den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen, zum anderen in der Hoffnung, auf diesem Wege politische Anregungen in die SED hineinragen zu können. Dieses Interesse konnte die LDPD aber über einige kurzfristige Aufmerksamkeitserfolge hinaus systembedingt nur begrenzt nutzen. In der friedlichen Revolution von 1989/90 trat die in den vorherigen